Grünliberale Partei Winterthur

Medienmitteilung

Thema	Vernehmlassung Suchtpolitik Winterthur 2012-2016
Für Rückfragen	Katrin Cometta (Gemeinderätin) Tel +41 78 680 11 69
Absender	Grünliberale Partei Winterthur, Postfach 1830, 8401 Winterthur eMail winterthur@grunliberale.ch, www.winterthur.grunliberale.ch
Datum	14. November 2011

Grünliberale fordern Fokus auf exzessiven Alkoholkonsum von Jugendlichen und jungen Erwachsenen

Die Grünliberalen Winterthur begrüssen in ihrer Vernehmlassungsantwort zur Suchtpolitik Winterthur die ganzheitliche Herangehensweise und sprechen sich für die Fortführung der pragmatischen Politik aus, die sich auf das Vier-Säulen-Prinzip abstützt. Wichtig ist dabei die verbesserte Koordination zwischen den verschiedenen Akteuren. Als unhaltbar bezeichnen die Grünliberalen die Situation rund um den Bahnhof, wo Jugendliche und junge Erwachsene exzessiv Alkohol konsumieren und den öffentlichen Raum übermässig belasten. Die Partyveranstalter sollen im Sinne des Verursacherprinzips die entstehenden Kosten mittragen.

Die Grünliberalen anerkennen, dass es keine suchtfreie Gesellschaft gibt, weshalb es eine pragmatische, lösungsorientierte Politik braucht, sie sich auf die vier Säulen Prävention – Therapie - Schadensminderung – Repression abstützt. Sie vermissen aber im vorliegenden Bericht Aussagen zur Gewichtung dieser vier Säulen und zum jeweiligen Ressourcen-Aufwand.

Im Bereich Suchtpolitik sind eine Vielzahl Akteure tätig, was zu einem beträchtlichen Koordinationsaufwand führt, sei es zwischen den verschiedenen städtischen Stellen, sei es mit andern Gemeinden, dem Kanton oder dem Bund. Besonders mit externen Stellen ist die Zusammenarbeit zu verbessern, insbesondere muss die Stadt auf eine transparente und faire Finanzierung der verschiednen Institutionen hinwirken.

Der exzessive Alkoholkonsum von Jugendlichen und jungen Erwachsenen führt neben den gesundheitlichen Risiken der Konsumierenden zu nicht mehr tolerierbaren Belastungen des öffentlichen Raums (Littering, Lärm und Gewalt). Die Situation rund um den Bahnhof ist nicht mehr hinzunehmen. Die Grünliberalen fordern, dass die Partyveranstalter im Sinne des Verursacherprinzips die Kosten künftig mittragen.

Gegen Brennpunkte, wo mit harten Drogen gehandelt wird, muss mit aller Konsequenz vorgegangen werden. Hingegen erachten die Grünliberalen die strenge Repression von Besitz und Konsum von Cannabis als nicht zielführend, wobei der Konsum von Cannabis nicht verharmlost werden soll.

Die Grünliberalen erachten es als richtig, wenn auch substanzunabhängige Süchte in die Suchtpolitik einbezogen werden. Insbesondere der unkontrollierte Gebrauch von Internet oder neuen Medien ist problematisch und erfordert geeignete Massnahmen. In diesem Sinne ist auch zu begrüssen, wenn die Suchtpräventionsstelle ihr Angebot ausweitet.